



iran-report

Nr. 12/2006

ایران رپورت

I. Innenpolitik

Kommunalwahlen und Wahl der Expertenversammlung / Ahmadinedschad und die Folgen / Verbreitung von Aberglauben statt Liebe zum Volk / Mord an einem Studenten / Präsident der Korruption bezichtigt

II. Wirtschaft

Japan sperrt Zehn-Milliarden-Dollar-Anleihen für Iran / Geschäftsmann soll Rüstungsgüter nach Iran geliefert haben / Präsenz der Revolutionswächter in der iranischen Wirtschaft / Zunahme der Arbeitsunfälle

III. Außenpolitik

Bush fürchtet Militärschlag gegen Iran nicht / CIA hat keine Beweise für den Bau von Nuklearwaffen in Iran / Im Falle eines israelischen Angriffs droht Iran mit Gegenschlag / Russland liefert Iran Abwehrraketen / Iran findet Vorschlag zur Urananreicherung in Russland attraktiv / Bush spricht mit Putin über Iran und Russlands WTO-Beitritt / Ahmadinedschad fordert Alternative zu den Vereinten Nationen / Time Magazine: Iran beliefert Hisbollah weiter mit Waffen / 120 Millionen Dollar für Hamas / Argentiniens Justiz erlässt Haftbefehl gegen iranischen Politiker / Fingerabdrücke von US-Bürgern bei Iran-Einreise / Kein Dreiergipfel in Teheran / Keine Aussicht auf vorzeitige Freilassung von Donald Klein



Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung.

Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar.

Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 01/2007 Anfang Januar) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Dezember 2006

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:

Heinrich-Böll-Stiftung

lorenz@boell.de

Fax: 030-285 34 - 494

Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Annette Maennel

5. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung

Hackesche Höfe

Rosenthaler Str. 40/41

10178 Berlin

Tel: 030-285 34 - 0

Fax: 030-285 34 - 109

Email info@boell.de

www.boell.de

I. Innenpolitik

Kommunalwahlen und Wahl der Expertenversammlung

Am 15. Dezember ist das iranische Volk aufgerufen an den Kommunalwahlen und den Wahlen zur Expertenversammlung* (siehe Erläuterungen am Ende dieser Seite) teilzunehmen. Es ist dasselbe Spiel, das nun zum x-ten Mal wiederholt wird und immer absurdere Züge annimmt. Zwar ist die Rede von freien Wahlen, gemeint ist aber in Wirklichkeit, dass die Wähler nur jene Kandidaten wählen dürfen, die das Innenministerium bzw. der Wächterrat für geeignet halten. Damit steht von vornherein fest, dass alle Bewerber, die nicht direkt dem islamischen Lager angehören und ihre uneingeschränkte Loyalität zum System des welayat-e faghieh (Herrschaft der Geistlichkeit) nachweisen können, aus dem Wettbewerb ausgeschlossen sind. Damit aber nicht genug. Selbst innerhalb des islamischen Lagers sind nach Ansicht des Innenministeriums und des Wächterrats, die sich fest in der Hand der Radikal-Islamisten befinden, nicht alle geeignet, das Volk in den Kommunen und in der Expertenversammlung zu vertreten. Da sind zum Beispiel die Gruppe der National-Religiösen und die Freiheitsbewegung, die aufgrund ihrer kritischen Haltung ohnehin ein halblegales Dasein führen. Diese beiden Gruppen, die zu Beginn der Revolution zu den Säulen des Regimes gehörten und deren profilierte Mitglieder die höchsten Ämter im Gottesstaat innehatten, gelten inzwischen als Abtrünnige, die die Absicht haben, den islamischen Staat zu untergraben.

Aber nicht nur diese beiden Gruppen, sondern auch Kandidaten sämtlicher Gruppen der Reformer, wie die der „Mosharekat-Partei“ oder der links orientierten „Moddjahedin der islamischen Revolution“ wurden zum größten Teil bereits ausgesiebt.

Dennoch sind die Wahlen am 15. Dezember nicht weniger interessant als vergangene Wahlen. Denn bei diesen Wahlen geht es um harte Flügelkämpfe im Lager der Konservativen, um den Kampf zwischen jenen Grauen Eminenzen, einflussreichen Geistlichen, die als Weggefährten Ayatollah Chomeinis über zwei Jahrzehnte zum Führungsstab des Gottesstaates gehörten und inzwischen alt und entsprechend moderater gewor-

den sind - dazu zählen mächtige Männer wie Ex-Staatspräsident Haschemi Rafsandjani und jenen Gruppen, die der zweiten Generation angehören, über lange Jahre hindurch die Drecksarbeit gemacht und im achtjährigen Krieg gegen den Irak die größten Opfer gebracht haben. Sie erheben seit wenigen Jahren ihren Anspruch auf die Macht. Diese Gruppen, zu denen auch Staatspräsident Ahmadinedschad gehört, verlangen die Rückkehr zu den Ursprüngen der Revolution. Sie werfen der alten Garde Verrat an den Idealen und Zielen der Revolution, Eigennutz und Korruption vor, sie geben vor, soziale Gerechtigkeit herstellen und einen lupenreinen Gottesstaat errichten zu wollen. Sie haben bei den Kommunalwahlen 2003 einen großen Sieg errungen, bei den Parlamentswahlen 2004 die meisten Sitze besetzt und bei den Präsidentschaftswahlen 2005 ihrem Kandidaten Ahmadinedschad zum Sieg verholpen.

Selbstverständlich waren diese Siege auch drastischen Filterungen und Manipulationen zu verdanken. Aber nicht nur. Ihr Populismus, vor allem ihre Korruptionsvorwürfe gegen die alte Garde, die sich in der Tat erbarmungslos am Volkseigentum bereichert hat, und nicht zuletzt die außenpolitischen Attacken gegen die USA und Israel haben dazu geführt, dass Millionen Wähler sich für sie entschieden haben. Nun besitzen sie seit fast eineinhalb Jahren nahezu das Monopol der Macht. Da sie jedoch während dieser Zeit so gut wie nichts außer Parolen zu bieten hatten, wenden sich die Wähler wieder von ihnen ab. (siehe den nachfolgenden Bericht). Interessant bei den kommenden Wahlen ist nun, wie hoch die Wahlbeteiligung sein wird und wie sich die Wähler trotz Filterungen und Manipulationen zwischen den Fronten im Lager der Konservativen, sprich zwischen Pest und Cholera, entscheiden werden.

* Dieses Gremium, dessen 86 Mitglieder ausschließlich Geistliche sind, ist für die Wahl und Abwahl des Revolutionsführers zuständig. Die Expertenversammlung wird alle acht Jahre gewählt. Als Bewerber können sich nur jene zur Wahl stellen, die entweder vom Revolutionsführer vorgeschlagen werden (!) oder die Eingangsprüfung durch den Wächterrat erfolgreich bestanden haben. Da es unter diesen Umständen kaum vorstellbar ist, dass der Revolutionsführer vor seinem natürlichen Tod ab-



gesetzt wird, wird gewöhnlich diesem Gremium nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Was die diesjährigen Wahlen von den vergangenen unterscheidet ist aber der Umstand, dass es Gerüchten zufolge mit dem Gesundheitszustand des Revolutionsführers Ali Chamenei nicht zum Besten steht und die Annahme, dass er die nächsten acht Jahre nicht überleben wird, nicht abwegig erscheint. Darauf spekuliert auch der ideologische Ziehvater Ahmadinedschads, Ayatollah Mesah Yazdi. Er zählt zu den radikalsten der Islamisten. Er hat mehrmals erklärt, dass er den islamischen Staat von republikanischen Tendenzen säubern und einen lupenreinen Gottesstaat anstreben will. Nun versucht er die Mehrheit der Sitze in der Expertenversammlung zu gewinnen, um im Falle eines Falles die Nachfolge Chameneis antreten zu können.

Ahmadinedschad und die Folgen

Der Verein iranischer Akademiker hat in einem ungewöhnlich scharfen Ton die Regierung Ahmadinedschad wegen eklatanter Verletzung der Menschenrechte an den Pranger gestellt. In einem am Montag (27.11.06) veröffentlichten offenen Brief werfen die Autoren den Verantwortlichen eine „systematische und von langer Hand geplante Missachtung der elementarsten Rechte“ vor. Kritiker und Andersdenkende würden aus ihren Ämtern hinausgejagt, ohne jeglichen Rechtsbeistand und ohne rechtliche Handhabe verhaftet und zu selbst bezichtigenden Geständnissen gezwungen. An den Universitäten seien zahlreiche fortschrittliche Lehrkräfte entlassen und kritische Studenten an der Fortsetzung ihres Studiums gehindert worden. Die Regierung propagiere eine „höchst gefährliche, fundamentalistische Ideologie“, die den herrschenden jede Willkür gegen Andersdenkende erlaube. Die zunehmende Einschränkung akademischer Freiheiten und die permanente Verletzung der Menschenrechte sei „ein großes Vergehen“ an der Zukunft des Landes.

Tatsächlich hat sich die politische Lage seit der Amtsübernahme Ahmadinedschads im Juli vergangenen Jahres drastisch verschärft. Das Verbot zahlreicher unabhängiger Zeitungen, wie zum Beispiel der größten liberalen Zeitung „Schargh“, die Verschärfung der Zensur, die Verfolgung von Kriti-

kern und Repressalien gegen alle Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen und regierungsunabhängigen Organisationen, die sich dem Diktat der Regierung nicht beugen, haben eine Menge von Verlagen bereits ruiniert und abertausende Kulturschaffende, Journalisten, Künstler und Schriftsteller zu Arbeitslosigkeit und Armut verdammt.

Die Regierung scheint entschlossen, jede Abweichung von islamistischer Ideologie mit aller Kraft auszugrenzen und zu kriminalisieren. Ahmadinedschad hat kürzlich die Studenten dazu aufgerufen, Professoren, die ein liberales Denken vertreten, aus dem Lehrbetrieb hinauszujagen. An sämtlichen Universitäten und Hochschulen wurde der Führungsstab umbesetzt. Der gesamte Lehrbetrieb steht unter der Kontrolle der Milizen-Organisation der Basidjis. Namen von kritischen Studenten, allen voran von Mitgliedern der größten Studentenorganisation, Tahkim Wahdat (Festigung der Einheit), wurden bei der Neueinschreibung im Wintersemester mit einem Stern versehen, was bedeutet, dass ihre Immatrikulation bis zur endgültigen Entscheidung auf Eis gelegt wird. Proteste der Betroffenen wurden bislang ignoriert.

Das Ministerium für Erziehung und Bildung kündigte an, den in den ersten Jahren erprobten und gescheiterten Versuch, die Geschlechter an den Universitäten zu trennen, wieder aufzunehmen zu wollen. Dies sei ein unverzichtbarer Bestandteil der Islamisierung der Universitäten und Hochschulen, sagte Mohammad Mohammadian, Hochschulbeauftragter des Revolutionsführers. Er kritisierte, dass sich die Universitäten in „Modesalons“ verwandelt hätten. „Die moralische Lage der Universitäten sieht sehr trüb aus“, sagte er. An die Rektoren gerichtet, meinte er: „Ein Rektor ist nicht allein für Lehre und Forschung verantwortlich, sondern auch für den Glauben und das Denken der Studenten.“ Man müsse sich ernsthaft mit der kleinen Minderheit, die „das Ansehen der Universität besudelt“ auseinandersetzen. Er forderte die so genannten „Kulturräte“ auf, den Plan der Feinde der Islamischen Republik, die die islamische Kultur und Moral durch Verbreitung des „Verderbens und der Prostitution“ unterwandern wollen, zu vereiteln.

Diesen Anweisungen folgend, sind an den meisten Universitäten bereits Videokameras installiert und Ein- und

Ausgänge für Studentinnen und Studenten getrennt worden. Die Regierung scheint entschlossen, in den nächsten Monaten auch bei Vorlesungen und Seminaren eine Geschlechtertrennung vorzunehmen.

Noch schärfer als an den Universitäten soll die „islamische Moral“ an den Schulen durchgesetzt werden. Zwar sind gemischte Schulen bereits seit der Machtübernahme der Islamisten verboten, aber bislang wurde aufgrund des Lehrermangels geduldet, dass Männer auch Mädchen und umgekehrt Frauen auch Knaben unterrichten. Auch dies soll künftig nur noch in Notfällen erlaubt werden. Lehrern und Lehrerinnen werden immer häufiger die Erlaubnis entzogen, dem anderen Geschlecht Unterricht zu erteilen. Der Stellvertretende Minister für Bildung und Erziehung, Hossein Harati, begründete die Maßnahme damit, dass Schülerinnen und Schüler viel leichter zum eigenen Geschlecht Kontakt herstellen und sich besser auf den Unterricht konzentrieren könnten.

Diese „Kulturpolitik“, die als eine neue „Kulturrevolution“ bezeichnet wird, hat unter den Akademikern und Studenten viel Unmut ausgelöst. Aber nicht nur in diesen Kreisen, sondern auch in anderen Teilen der Bevölkerung werden Protest- und Klagerufe gegen die Regierung immer lauter. Der Stern Ahmadinedschads beginnt selbst bei den ärmeren Schichten der Gesellschaft, aus denen sich der Hauptteil seiner Anhänger rekrutiert, zu sinken. Es zeigt sich wieder einmal, dass der Populismus kurze Beine hat, dass keine Macht sich auf Dauer auf bloße Parolen stützen kann.

Die Radikalisierung waren vor fast eineinhalb Jahren mit dem Versprechen angetreten, soziale Gerechtigkeit walten zu lassen. Jeder Iraner solle bei seinem Mittagmahl feststellen können, dass er an den Öleinnahmen beteiligt werde, erklärte Ahmadinedschad während seines Wahlkampfes. Er kündigte der Korruption einen erbarmungslosen Kampf an. Er werde all jene, die sich am Reichtum des Volkes gemästet und ihre Konten im Ausland gefüllt haben, zur Rechenschaft ziehen. Die Kampfansage richtete sich in erster Linie an einflussreiche Politiker, wie zum Beispiel den Ex-Staatspräsidenten Haschemi Rafsandjani, der in der Tat mit seinem Familienclan zu den reichsten Männern des Landes zählt.

Mit solchen Parolen gelang es Ahmadinedschad, Millionen Wähler für sich zu mobilisieren. Doch es sollte sich bald herausstellen, dass er zur Lösung brennender Probleme keinerlei Konzepte zu bieten hat. Die zunehmende Arbeitslosigkeit, vor allem unter jugendlichen Erwachsenen, die hohe Inflation, die steigende Armut trotz sprunghaft gestiegener Öleinnahmen, der Rückgang von Investitionen und eine hohe Kapitalflucht haben sogar Kritiker aus den Reihen der Konservativen auf den Plan gerufen.

Einer Umfrage der Nachrichtenagentur Aftab zufolge haben zwei Drittel der Befragten im letzten Jahr ihre positive Haltung dem Präsidenten gegenüber aufgegeben. Eine vertrauliche Umfrage des staatlichen Rundfunks und Fernsehens kommt zu dem Ergebnis, dass 65 Prozent der Bevölkerung mit der Politik der Regierung unzufrieden sind.

Der Präsident reist fast jede Woche mit seinem ganzen Kabinett in eine Provinz, verteilt aus der Staatskasse Almosen an Bedürftige, peitscht durch seine feurigen Reden und seine Attacken gegen die USA und Israel Emotionen auf, aber offenbar gelingt es ihm immer weniger, die Zustimmung der Massen zu erlangen. Ein Abgeordneter aus der konservativen Fraktion warnte ihn kürzlich davor, durch seine Attacken „künstliche Wellen in Gang zu setzen, die einen unaufhaltsamen Sturm auslösen könnten“.

Als die Preise für Lebensmittel so hoch gestiegen waren, dass selbst die konservative Presse nicht mehr darüber schweigen konnte und die Regierung zum Handeln aufforderte, versuchte Ahmadinedschad die Schuld den Medien in die Schuhe zu schieben. Er bezeichnete die Journalisten als „Miesmacher“, die Unwahrheiten verbreiten und die Lage schlimmer darstellen würden, als sie ist. Sein Regierungssprecher Elham drohte den Kritikern sogar mit gerichtlichen Konsequenzen. „Was können wir dafür, wenn Regierungsvertreter im Fernsehen behaupten, dass ein Kilo Fleisch 3900 Tuman koste, während die Zuschauer am selben Tag dafür mindestens 5500 Tuman bezahlen mussten“, konterte Zarghami, Chef des Rundfunks und Fernsehens. Noch direkter reagierte die ultrarechte Tageszeitung Abrar. Nichts treffe die Menschen so direkt wie die Verteuerung der Preise, schrieb die Zeitung. „Ein solches Thema lässt sich auch nicht



hinter den Worthülsen Ahmadinedschads verstecken.“

Als Regierungssprecher Elham im Parlament erklärte: wir haben die Preise unter Kontrolle“, erntete er ein allgemeines Gelächter. Er sollte einmal einkaufen gehen, erwiderte der Abgeordnete Hossein Eslami. Ein Sachverständiger der Landwirtschaft, der nicht genannt werden wollte, sagte Iran-Report, die Regierung, die nach eigenen Angaben unsere nationalen Interessen vertreten und unabhängig sein will, lasse zu, dass Obst und Gemüse aus dem Ausland eingeführt werden, während einheimische Güter tonnenweise verderben und die Bauern in den Ruin getrieben werden. Der Grund dafür sei, dass die Importeure mafiöse Unternehmen sind, die zum Klientel der Regierung gehören. Sie können die eingeführten Waren weit billiger als inländische Produkte verkaufen, weil sie zollfrei importieren und auch keine Steuern bezahlen.

Auch im Bereich der Industrie liegt vieles im Argen. Statt die längst beschlossene Privatisierung staatlicher Unternehmen voranzutreiben, wurde der Regierungsapparat noch weiter aufgebläht. Statt die Öleinnahmen produktiv einzusetzen, werden enorme Summen als Almosen verteilt, um die Popularität des Regierungschefs zu steigern. Abgeordnete im Parlament warfen dem Regierungschef vor, er betrachte die Staatskasse als seine „Privatschatulle“, aus der er nach eigenem Gutdünken Geld entnehmen könne. Tatsächlich hat die Regierung einen Teil des Haushalts außerhalb der Kontrolle des Parlaments gestellt, ein Vorgang, der im islamischen Gottesstaat einmalig ist.

Der Wirtschaftsexperte Bahman Arman sagte in einem Interview mit der Agentur Aftab: „Seit der Amtsübernahme der neuen Regierung wurden zum Beispiel in der Stahlindustrie oder chemischen Industrie keinerlei Investitionen vorgenommen. Der Hafen Oslawieh (am Persischen Golf), der dabei war, sich zum größten Industriezentrum des Landes zu entwickeln, gleicht einem Friedhof.“

Iran, der viertgrößte Ölproduzent der Welt muss vierzig Prozent seines Benzinbedarfs aus dem Ausland einführen. Das eingeführte Benzin wird vom Staat subventioniert und zum selben Preis wie das inländische (7 Cent pro Liter) verkauft. Statt in Raffinerien zu investieren, um deren Kapazität zu erhöh-

hen, wurde kürzlich die Subvention für eingeführtes Benzin von 2,5 Milliarden auf 5 Milliarden Dollar verdoppelt. Dieser Vorgang wird noch absurder, wenn man weiß, dass ein Teil des eingeführten Benzins von einigen Unternehmen gekauft, wieder ins Ausland (nach Pakistan, Indien oder in die Türkei) geschmuggelt und dort für den zügelfachen Preis verkauft wird!

Zu all dem kommt, dass nicht nur Privatunternehmer aufgrund der unsicheren politischen Lage ihr Kapital in zweistelliger Milliardenhöhe außer Landes gebracht haben, auch ausländische Investoren halten sich zurück. Wie US-Außenministerin Condoleezza Rice sagte, sind Boykottmaßnahmen gegen Iran bereits in Kraft getreten. Immer mehr Unternehmen beugen sich dem Druck aus Washington und kündigen sogar laufenden Verträge mit Iran.

Die Radikalisierung haben, unterstützt von größeren Teilen der Revolutionswächter, Geheimdiensten und der Milizenorganisation der Basidjis, nicht nur die politische Macht monopolisiert, sondern auch weite Teile der iranischen Wirtschaft. Mafiöse Organisationen, ehemals als Stiftungen zur Unterstützung der „Schwachen und Barfußigen“ gegründet, beherrschen den Markt, auch den Schwarzmarkt, der einen wichtigen Teil der iranischen Wirtschaft bildet. Unter Ahmadinedschad ist die Organisation der Revolutionswächter, die inzwischen mächtiger ist als die reguläre Armee, zu einem gigantischen Unternehmen gewachsen, weil sie ohne Ausschreibungsverfahren die Konzessionen für die größten staatlichen Aufträge erhält (s. Bericht im Wirtschaftsteil, S. 10). Sie und die „Stiftungen“ zahlen keine Steuern und sind niemandem Rechenschaft schuldig.

Gäbe es die außenpolitischen Konflikte nicht, die den Radikalisierungswächtern immer wieder die Möglichkeit geben, von inneren Problemen abzulenken, würden sie sich wohl kaum über längere Zeit an der Macht halten können.

Verbreitung von Aberglauben statt Liebe zum Volk

Hassan Sobhani, Mitglied des Finanzausschusses im islamischen Parlament, forderte die Regierung auf, ihre „finanziellen Abenteuer“ zu unterlassen und die Öleinnahmen nicht in das „un-

ersättliche Loch der untätigen Verwaltung zu werfen". „Die Ideologie der Islamischen Republik, die eigentliche Substanz des islamischen Staates, die zur geographischen und politischen Neuordnung der Region geführt hat, muss weiter entwickelt werden, damit sie auch in Zukunft fähig ist, auf die geistige Umwälzung in der islamischen Welt richtungweisend einzuwirken“, sagte Sobhani laut einem Bericht der Nachrichtenagentur ISNA.

Die Massen der Gläubigen hätten trotz großer Belastung stets den Islam und den Staat verteidigt. „Es gibt Regierungen, die zum Machterhalt die Opferbereitschaft des Volkes missbrauchen. Die Verbreitung des Aberglaubens gehört heute zu den Methoden unserer Regierung“, sagte Sobhani. „Diese Methode, mit der versucht wird, politische Gegner außer Gefecht zu setzen, gehört zu den Taktiken, die als machiavellistisch bezeichnet werden. Das Schlimme ist, dass Aberglaube als Liebe zum Volk verkauft werden soll.“

Sobhani warf der Regierung vor, diese Aktivitäten mit staatlichen Geldern zu finanzieren. Er äußerte sein Bedauern auch darüber, dass „dieses Verschleudern der Staatskasse“ von einigen Abgeordneten im Parlament unterstützt werde.

Mord an einem Studenten

Am 18. November wurde der Student Tohid Ghaffarzadeh in Sabzwar, einer Stadt im Nordosten Irans, von einem Mitglied der Milizenorganisation Basidjis auf offener Straße ermordet. Das Verbrechen ereignete sich an einer Bushaltestelle. Während sich Ghaffarzadeh mit einer Studentin unterhielt, mischte sich das Mitglied der Basidjis ein. Er warf dem Studenten vor, die Studentin zu belästigen. Es kam zunächst zu einem Wortgefecht, bald darauf zog der Basidji sei Messer und stach den Studenten nieder.

Dieses Ereignis nahm der „Verein Islamischer Studenten“ an der Technischen Universität Amirkabir in Teheran zum Anlass, um einen vollständigen Abzug der Basidjis und eine Entmilitarisierung der Universitäten zu fordern.

In einem offenen Brief des Vereins, der am 23. November veröffentlicht wurde, heißt es, der Mord sei eine konsequente Folge der Politik Ahmadi-

nedschads, der vor kurzem jene Kräfte, die acht Jahre lang gegen die Reformbewegung Proteste und Unruhen gestiftet hätten, aufgefordert habe, fortschrittliche Professoren aus den Universitäten zu jagen. Diese paramilitärischen Kräfte der Basidjis, die inzwischen von der neuen Führung an den Universitäten und Hochschulen unterstützt würden, hätten sich in „Lumpen und Messerstecher“ verwandelt.

Verantwortlich seien auch jene Kräfte, die durch die Verbreitung ihrer „fundamentalistischen und faschistischen Vorstellungen“ solche Verbrechen geistig vorbereiteten. Verantwortlich sei auch der Beauftragte des Revolutionsführers, der die moralische Lage an den Universitäten als „sehr trüb“ bezeichnet und die Fundamentalisten zur Verteidigung der Ehre und des Glaubens aufgefordert habe.

Die Politik der „aggressiven Versager“ richte sich seit Jahren gegen die Universitäten. Der Überfall auf das Studentenheim (1999), Gewalt gegen Studentenversammlungen durch die Ansar Hisbollah (Freunde der Partei Gottes), Verhaftung und Folterung aktiver Studenten und der Mord an den Studenten Ezzat Ebrahimnejad, Akbar Mohammadi und nun Tohid Ghaffarzadeh seien „schändliche Zeugnisse“ jener Versager, die, obwohl sie alle Hebel der Macht in der Hand hätten, keinerlei Sympathie, sondern nur Hass unter den Studenten geerntet hätten.

Längst habe das Volk dem despotischen Staat den Rücken gekehrt. Die Regierung begehe unter dem „schmutzigsten Missbrauch des Glaubens“ immer größere Verbrechen am Volk und verachte die elementarsten Rechte der Menschen. Die militarisierte Regierung Ahmadschads, der durch seinen „verlogenen Populismus“ versuche, die Massen zu verführen, habe eine Despotie errichtet, die in der Geschichte Irans einmalig sei. „Es ist fraglich, wie lange noch die Universitäten diese Verbrechen und die krankhaften Deutungen des Glaubens dulden werden“, schreiben die Autoren.

Laut Aussagen eines Studenten behaupten nun die Verantwortlichen, der Täter sei kein Mitglied der Basidjis, obwohl er im Besitz eines Mitgliedsausweises sei. Es werde weiterhin behauptet, er sei psychisch krank. Schiwa Dastgir, eine Tatzeugin hüllt sich in Schweigen und weigert sich, Presse

und Öffentlichkeit über ihre Beobachtungen zu informieren. Sie wurde zwei Tage lang vom Staatsanwalt verhört. Offenbar wurde sie zum Schweigen gezwungen.

Mohammad Husseini, parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Bildung und Erziehung, meinte zu dem Vorfall: „Solche Ereignisse wie die Tötung eines Studenten in Sabzewar sind bei der hohen Anzahl von drei Millionen Studenten unvermeidlich.“ Der Täter sei kein Basidji gewesen. Manche Leute würden gerne aus jedem Ereignis politisches Kapital schlagen. Die Tötung des Studenten habe mit der Politik nicht das Geringste zu tun. Der Vorfall sei dadurch zustande gekommen, dass ein Student eine Studentin belästigt habe. Das habe ein anderer Student als ehrenrührig empfunden und sich zur Wehr gesetzt. Leider hat er dabei sein Messer benutzt. Das sollte vor allem für die Eltern eine Lehre sein. Sie sollten mehr auf das Verhalten ihrer Kinder achten!

Präsident der Korruption bezichtigt

Während der Staatspräsident landauf, landab einen schonungslosen Kampf gegen die Korruption verkündet und seit Monaten droht, er sei im Besitz einer Liste von Namen der Korruptesten des Landes und er werde sie demnächst veröffentlichen, geht es ihm nun selbst an den Kragen. Zwei Parlamentsabgeordnete, Akbar Alami und Djalal Hosseini, stellten an den Innenminister eine Anfrage, die für den Präsidenten höchst peinlich werden könnte. Sie wollten erfahren, wofür die stattliche Summe von 300 Milliarden Tuman (umgerechnet rund 300 Millionen Euro), die die Stadt Teheran in den Jahren 2003 und 2004 ausgegeben habe und für die es keinerlei Belege gebe, verwendet worden sei. Das sind just die Jahre, in denen Ahmadinedschad das Amt des Bürgermeisters innehatte. In der Anfrage heißt es: „Den Aussagen des Leiters der Abteilung für Haushalt und Planung der Stadt Teheran zufolge ist in den Jahren 2003 und 2004, ohne Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung und ohne Belege, eine Summe in Höhe von 300 Milliarden Tuman ausgegeben worden. Darüber wurde auch der Ratsversammlung kein Bericht vorgelegt. Welche Erklärung oder Begründung gibt es für die Ausgabe? Wer sind die Verantwortlichen? Sind diese zur Rechen-

schaft gezogen worden? Wofür sind diese Gelder verwendet worden? Ferner bitten wir um Auskunft, aus welcher Kasse die 106 Millionen Tuman (umgerechnet rund 106 000 Euro) für Süßigkeiten, Blumen und Feierlichkeiten zum Sieg von Ahmadinedschad bei den Präsidentschaftswahlen bezahlt wurden?“

Wie die Internetzeitung „Rooz“ berichtet, hat die Regierung bisher zu den Vorwürfen keine Stellung genommen. Auch die Medien verhalten sich zurückhaltend, denn als einige Zeitungen vor einigen Monaten das Thema zur Sprache brachten, drohte Regierungssprecher Ghalmossein Elham, die Staatsanwaltschaft einzuschalten. „Wir haben die Justiz aufgefordert, der Sache nachzugehen. Das ist keine Kritik, das ist Denunzierung. Das muss gerichtlich verfolgt werden“, sagte Elham.

Der Abgeordnete Alami erläuterte seine Anfrage am Rande einer Parlamentssitzung vor Journalisten. Selbst der Vorsitzende der Teheraner Stadtverordnetenversammlung habe den Vorgang bestätigt. Angesichts der vorliegenden Unterlagen fühle er sich als Volksvertreter verpflichtet, in dieser wichtigen Angelegenheit für Klarheit zu sorgen.

II. Wirtschaft

Japan sperrt Zehn-Milliarden-Dollar-Anleihen für Iran

Offenbar hat der Wirtschaftsboykott gegen Iran auch ohne einen entsprechenden Beschluss des UN-Sicherheitsrats längst begonnen. Ausländische Unternehmen und Investoren verhalten sich Teheran gegenüber zunehmend zurückhaltend, Vorverträge werden auf Eis gelegt und Verhandlungen über neue Projekte abgebrochen.

Die Internetzeitung Rooz berichtet, dass Japan zehn Milliarden Dollar iranische Anleihen gesperrt habe. Wirtschaftsexperten seien der Meinung, dass diese Maßnahme der härteste und wirksamste Schritt sei, der im Rahmen der Sanktionen gegen Iran unternommen wurde.

Japan, nach den USA zweitgrößter Erdölimporteur der Welt, will offenbar mit der Sperrung der zehn Milliarden Dollar, die für neun Projekte zur Ölförderung in Iran vorgesehen waren, Teheran unter Druck setzen. Damit folgt das Land der Strategie einiger europäischer Banken, die jeden Handel mit Iran mit dem Hinweis auf den laufenden Atomkonflikt eingestellt haben.

Fumio Huschi, Direktor der staatlichen Bank für internationale Zusammenarbeit in Japan, brachte die Haltung seiner Bank auf die Formel: „Weder Projekt, noch Dank“. Er erklärte, seine Bank werde, so lange die Verhandlungen zwischen Iran und der EU bzw. der USA zu keinem positiven Ergebnis führen, keinerlei Anleihen oder Kredite an Iran gewähren. Diese Maßnahme ist für die iranische Regierung umso enttäuschender, als sie immer wieder die Parole ausgab, „weg vom Westen, hin zum Osten“, wobei sie am meisten China und Japan im Auge hatte.

Iran ist stark auf Auslandsinvestitionen, insbesondere im Bereich der Öl- und der chemischen Industrie angewiesen. Zumal sich die Regierung zum Ziel gesetzt hat, innerhalb der nächsten vier Jahren die Ölproduktion auf 4,6 Millionen Barrel pro Tag zu erhöhen.

Die iranischen Staatsbanken und Vertreter der Regierung waren in den letzten Monaten bemüht, die Wirkung der Sanktionsmaßnahmen herunterzuspielen. Zudem versicherten sie immer wieder, dass langfristige Verträge mit

Ländern wie China, Japan, Frankreich und Deutschland niemals gekündigt werden würden. Diese Staaten seien stark auf das iranische Öl angewiesen, sie würden auch nicht auf den iranischen Markt verzichten wollen.

Auch der hohe Anstieg der Ölpreise ermöglichte von der Wirkung der Boykottmaßnahmen abzulenken. Doch jetzt, wo die Preise wieder gefallen sind, fallen die Folgen der Boykottmaßnahme mehr ins Gewicht. Daher wird seitens der Regierung versucht, den jüngsten Rückzug Japans zu ignorieren. Eine offizielle Stellungnahme aus Teheran zu dem Ereignis gibt es bislang nicht.

Japan hat im Jahr 2005 nahezu 13,8 Prozent seines Rohölbedarfs aus Iran bezogen.

Geschäftsmann soll Rüstungsgüter nach Iran geliefert haben

Ein in Raum Düsseldorf verhafteter Geschäftsmann soll einem Bericht des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ zufolge für Iran gearbeitet haben. Der gebürtige Iraner hatte Rüstungsgüter beschafft und nach Iran geliefert. Die Bundesanwaltschaft hatte den Mann Anfang November wegen des Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit und Verstößen gegen das Außenwirtschaftsgesetz festnehmen lassen.

Der Beschuldigte hatte demnach in geheimdienstlichem Auftrag über eine Tarnfirma technische Prüfgeräte und Ersatzteile für Rüstungsobjekte beschafft. Den Empfängerstaat hatte die Anklagebehörde aus ermittlungstaktischen Gründen nicht genannt.

Laut „Spiegel“ lieferte Sahed E. unter anderem Teile für das iranische Raketenprogramm. Als der Kaufmann aus Nordrhein-Westfalen eine Maschine zur Metallverarbeitung über eine Schweizer Briefkastenfirma nach Teheran abschicken wollen, sei er festgenommen worden.

Indes hat die Schweizerische Bundesanwaltschaft (BA) am 13. November bestätigt, dass beim deutschen Fall von mutmaßlichen illegalen Rüstungsgeschäften mit Iran eine Spur in die Schweiz führt. Offenbar wurden dabei eine Firma und eine Wohnung durchsucht sowie Vermögenswerte beschlagnahmt. Die Bundesanwaltschaft habe in dem in den deutschen Medien erwähnten Fall einem

deutschen Rechtshilfesuch entsprochen, sagte BA-Sprecherin Jeanette Balmer. Weitere Fragen zum Inhalt und zum Ergebnis des Rechtshilfевollzugs machte sie unter Hinweis auf die Zuständigkeit des ersuchenden Staates nicht.

Zuvor hatte die deutsche Bundesanwaltschaft mitgeteilt, die Tarnfirma und eine Wohnung im Ausland seien aufgrund eines Rechtshilfesuch durchsucht, und auch Gelder auf ausländische Banken beschlagnahmt worden.

Präsens der Revolutionswächter in der iranischen Wirtschaft

Die Zeitung „Wall Street Journal“ berichtete in ihrer Ausgabe vom 14. Oktober, Mitglieder der Revolutionswächter hätten Anfang August eine Ölplattform im Persischen Golf, die sich im Besitz einer rumänischen Ölgesellschaft befand, angegriffen und besetzt. Die Soldaten hätten neunzehn Mitarbeiter der Gesellschaft festgenommen und stundenlang verhört. Bei der Gesellschaft handele es sich um ein Unternehmen, das im Bereich Öl- und Gasbohrungen in den Gewässern des Golfs tätig ist. Sie hatte einen Vertrag mit Iran abgeschlossen, diesen jedoch aufgrund finanzieller Unstimmigkeiten einseitig gekündigt.

Nach Meinung der Zeitung ist die Einmischung der Revolutionswächter in diese Angelegenheit ein Indiz für die steigende Einflussnahme der Revolutionswächter auf die iranische Wirtschaft.

Die Organisation der Revolutionswächter, die zu Beginn der Revolution als paramilitärische Organisation zum Schutz der Revolution gegründet wurde, ist inzwischen mächtiger als die reguläre Armee. Die Organisation steht dem Präsidenten, ihrem ehemaligen Mitglied, sehr nah. Er wiederum hat ihnen seinen Sieg zu verdanken. Kein Wunder, dass ihr Einfluss mit der Wahl Ahmadi-nedschads enorm gestiegen ist. Nicht zuletzt deshalb spricht man in Iran von der Militarisierung des Staates.

Aber auch schon vor der Wahl Ahmadi-nedschads gehörte die Organisation zu den Machtzentren des islamischen Staates. Ihre Aktivitäten reichen über die Grenzen des Landes hinaus. Die Waffenlieferungen an die libanesische Hisbollah und auch an die palästinensi-

sche Hamas gehen auf ihre Rechnung. Sie verfügt über eigene Gefängnisse ebenso wie über einen eigenen Geheimdienst, sie mischt sich stark in politische Angelegenheiten ein und hat schon immer bei der Liquidierung von Oppositionellen die Hauptrolle gespielt, zum Beispiel bei der Niederschlagung der Studentenproteste im Jahre 1999.

Die Organisation der Revolutionswächter hat mehr oder weniger auch die Milizenorganisation Basidjis, die nach Angaben des Regimes rund acht Millionen Mitglieder zählt, unter Kontrolle. Diese Organisation ist fast überall präsent, in staatlichen Ämtern und Behörden, an Schulen und Universitäten, in den Dörfern und Städten.

Wirtschaftlich ist die Organisation der Revolutionswächter fast auf allen Gebieten aktiv. „Die wollen alles in ihren Besitz nehmen“, sagte kürzlich Mohsen Sasgara, ehemaliger Berater Chomeinis und einer der Gründer der Organisation der Revolutionswächter, der inzwischen im Exil lebt. Bei den Revolutionswächtern handele es sich um eine in der Welt einmalige Organisation, sagte er, um eine Armee, die der größte Unternehmer des Landes ist und zugleich politisch eine wichtige Rolle spielt.

Die Organisation der Revolutionswächter ist einzig und allein dem Revolutionsführer gegenüber verantwortlich. Über die wirtschaftlichen Aktivitäten der Organisation gibt es keinen Bericht, die Öffentlichkeit erfährt nie, wie hoch ihr Haushalt ist, wie viel Einnahmen und Ausgaben sie hat. Sie bezahlt keine Steuern und bei der Einfuhr der Waren keine Zollgebühren.

Seit der Machtübernahme der Islamisten hat die Organisation der Revolutionswächter die Konzession für mehrere Großprojekte erhalten, unter anderem für zwei Projekte zum Ausbau der Ölanlagen, einen Pipelinebau und für den Ausbau der Teheraner U-Bahn.

Zunahme der Arbeitsunfälle

Einem Bericht des Sozialamts zufolge hat es im vergangenen Jahr rund 20.000 Arbeitsunfälle gegeben, darunter 100 schwere Unfälle, die zum Tod der Betroffenen geführt haben. 19.000 hätten inzwischen ihre Gesundheit zurück erlangt und ihre Arbeit wieder aufgenommen.

men. Die Frage, was mit den restlichen Tausend geschehen ist, lässt der Bericht unbeantwortet, obwohl das Sozialamt die Unfallopfer gewöhnlich in drei Stufen einteilt, in Schwerbeschädigte, Leichtbeschädigte und solche, die einen Teil ihres Körpers verloren haben. Entsprechend dieser Einstufung erhalten die Betroffenen eine Entschädigung.

Die Entschädigung für Arbeitsunfähigkeit, die das Sozialamt leisten muss, ist gemessen an den Verhältnissen des Landes ziemlich hoch. Sie beträgt 45 Millionen Tuman (umgerechnet 45.000 Euro).

Nach Meinung des Sozialamts ist die Hauptursache für Unfälle ein Mangel an Vorsicht bzw. an Aufmerksamkeit. Die häufigsten Schädigungen sind Schnittwunden, Knochenbrüche und Stürze.

Die meisten Unfälle wurden in der Hauptstadt Teheran und der Stadt Isfahan registriert. Die niedrigste Zahl der Unfälle wurden in den Provinzen Chorasán, Sistan und Belutschistan gemeldet. In den Städten Teheran und Isfahan konzentrieren sich Industrie und Wirtschaft, was selbstverständlich zu mehr Unfällen führt.

Die meisten Unfälle hätten sich im Sommer und die wenigsten im Winter ereignet, was auf größere Aktivitäten, vor allem in der Bauwirtschaft während der Sommermonate zurück zu führen sei, berichtet das Amt. Die Gesamtzahl der Unfälle habe sich von Jahr zu Jahr erhöht. Vor drei Jahren habe die Zahl noch bei 16.383 gelegen, vor zwei Jahren erhöhte sie sich auf 18.486, wobei 83 Fälle zum Tod der Unfallopfer geführt hätten.

Die im Bericht angegebenen Statistiken berücksichtigen lediglich jene Arbeiter, die den Schutz des Sozialamtes genießen. Die tatsächliche Zahl der Unfälle ist bei weitem höher. Aus einem Bericht des Gesundheitsamts geht hervor, dass in den Jahren 2003 und 2004 jeweils 517 bzw. 697 Unfalltode registriert worden seien.

Einige Sachverständige unterscheiden zwischen Berufskrankheiten und Arbeitsunfällen und sind der Ansicht, dass aufgrund fehlender Statistiken über Berufskrankheiten genaue Angaben über berufsbedingte Schäden und Opfer nicht möglich seien.

III. Außenpolitik

Bush fürchtet Militärschlag gegen Iran nicht

Nach Ansicht des scheidenden israelischen Botschafters in den USA würde US-Präsident George W. Bush einen militärischen Schlag gegen Iran nicht scheuen.

Ein Iran mit Atombomben sei für Bush nicht akzeptabel, sagte Botschafter Danny Ayalon in einem am 15. November von der Zeitung „Maariv“ veröffentlichten Interview. Er kenne Bush gut, sagte Ayalon. „Er wird nicht zögern, bis zum Äußersten zu gehen.“ Bush sei überzeugt von der moralischen Überlegenheit von Demokratien über Diktaturen, sagte der Botschafter. Die US-Regierung wolle jedoch zunächst den diplomatischen Kurs verfolgen und versuchen, Iran, wenn nötig, durch Sanktionen zu isolieren. Sollte dies nicht funktionieren, würde Bush Iran vermutlich aus der Luft angreifen, unterstützt von einer geringen Zahl von Bodentruppen, sagte Ayalon.

Die Sorge über ein mögliches Streben Irans nach Atomwaffen war eines der Hauptthemen bei den Gesprächen zwischen Israels Ministerpräsidenten Ehud Olmert und Bush Mitte November in Washington. Beide Staatsmänner erklärten ihren Willen, in dieser Angelegenheit eng zusammenzuarbeiten und alle Hebel anzusetzen, um einen Erfolg des iranischen Nuklearprogramms zu verhindern.

Während seines Amerika-Aufenthalts forderte Olmert zudem die moderaten arabischen Länder dazu auf, sich gemeinsam gegen Iran zu stellen. Die Welt könne nicht länger warten und müsse dem Bestreben Irans nach Nuklearwaffen ein Ende setzen.

„Was Iran angeht, ist der entscheidende Moment der Wahrheit gekommen“, sagte Olmert in einer Rede an jüdische Gruppen in den USA. „Wenn Iran die Möglichkeit erlangt, Atomwaffen zu produzieren – und wir wissen, dass er es versucht – wird damit eine Ära der Instabilität beginnen, wie sie die Welt noch nie gesehen hat.“

Sein Land könne Kräfte nicht ignorieren, die Israels Existenzrecht in Frage stellen und gleichzeitig aktiv danach strebten, katastrophale Waffen zu entwickeln, fügte der Regierungschef vor der Generalversammlung der Verein-

ten Jüdischen Gemeinden von Nordamerika (JCCA) hinzu. Mit militärischen Schritten gegen Iran drohte er nicht.

„Eine Koalition von moderaten arabischen Staaten kann und muss ihre gemeinsamen Interesse vertreten und Iran daran hindern, die Stabilität im Nahen Osten zu unterwandern“, erklärte Olmert. Eine solche Koalition müsse sich gegen die Gefahren eines radikalen Islam stellen, der den Ursprung dieser Religion verfälsche.

Indes hat der frühere israelischen Ministerpräsident Benjamin Netanyahu am 14. November in einem Interview mit der Zeitung Haaretz erklärt, das iranische Atomprogramm und Ahmadinedschads fundamentalistische Vorstellungen gefährdeten nicht nur Israel, sondern die ganze Welt. Er verglich Iran mit dem Nazi-Deutschland vor dem Zweiten Weltkrieg und zeigte sich erstaunt, dass niemand die Gefahr ernst nimmt. „Es ist wie 1938 und Iran gleicht dem damaligen Deutschland“, sagte er. Man könne die Drohungen, das zionistische Regime vernichten und Israel von der Landkarte tilgen zu wollen, nicht unterschätzen. Ahmadinedschad sei dabei, mit Hilfe von Nuklearwaffen einen neuen Holocaust vorzubereiten. Man müsse ihn unter allen Umständen stoppen. Die Ziele der atomaren Aufrüstung Irans reichten jedoch über die Vernichtung Israels hinaus. Sie betreffen die ganze Welt. „Es handelt sich um ein globales Programm im Dienste einer Ideologie des Wahnsinns“, erklärte Netanyahu.

Israel müsse sich den USA anschließen und damit sicherstellen, dass Iran niemals die Fähigkeit zur Herstellung von Nuklearwaffen erlangt. Zwar sei Israel die erste Station auf dem Weg Irans zur Vernichtung der ganzen Welt. Aber schon mit der Herstellung von 25 Bomben im Jahr werde „der Weg zum großen Teufel USA und dem kleineren Teufel Europa“ führen.

CIA hat keine Beweise für den Bau von Nuklearwaffen in Iran

Presseberichten zufolge liegen dem US-Geheimdienst CIA keine stichhaltigen Beweise für die Entwicklung von Nuklearwaffen in Iran vor. Der amerikanische Star-Journalist Seymour Hersh schrieb in einem Artikel für das Magazin „The New Yorker“, der vorab am 19. November veröffentlicht wurde, eine

streng geheime Analyse der CIA widerspreche der Annahme der Regierung in Washington über das iranische Atomprogramm. „Die CIA hat bisher keine schlüssigen Beweise für ein geheimes iranisches Nuklearprogramm gefunden, das parallel zu zivilen Operationen läuft, die Iran der Internationalen Atombehörde gemeldet hat“, schreibt Hersh. Die CIA habe es abgelehnt, dieses Zitat zu kommentieren.

Die CIA-Analyse beruhe auf Daten, die durch Satelliten gesammelt worden seien. Zudem seien Wasserproben und Rauch aus Schornsteinen von Fabriken sowie Kraftwerken auf Radioaktivität untersucht worden. Amerikanische und israelische Geheimagenten hätten an Orten, an denen die Herstellung von Nuklearwaffen vermutet worden seien, Spürgeräte platziert. Auch dabei sei keine bedeutsame Radioaktivität festgestellt worden, berichtet Hersh.

Hersh schreibt, dass ein ranghoher Geheimdienstmitarbeiter die Existenz der Analyse bestätigt und erklärt habe, das Weiße Haus stehe dem Bericht ablehnend gegenüber. Die CIA-Studie warne die Regierung davor, aus der Tatsache, dass man bisher nichts gefunden habe, den Schluss zu ziehen, Iran habe sein Nuklearprogramm gut tarnen können. Auf genau diesem Standpunkt stünden aber einige Mitarbeiter im Weißen Haus, wie Vizepräsident Dick Cheney, meint Hersh.

Im Falle eines israelischen Angriffs droht Iran mit Gegenschlag

Iran hat im Falle eines israelischen Militärschlags gegen seine Atomanlagen mit einem vernichtenden Gegenangriff gedroht. Sollte sich Israel zu einer solchen „Dummheit“ hinreißen lassen, würde sein Land sofort, entschlossen und vernichtend antworten, sagte Irans Außenamtssprecher Mohammad Ali Hosseini laut der staatlichen Nachrichtenagentur IRNA am 12. November. Die Reaktion würde keine Sekunde auf sich warten lassen.

Der neue israelische Vizeverteidigungsminister Efraim Sneh hatte in einem Interview mit der israelischen Zeitung „Jerusalem Post“ erklärt, er betrachte einen Präventivschlag gegen Iran als „letzte Möglichkeit“. Er wolle eine iranische Atombombe „um jeden Preis“ verhindert sehen. Israel könne nicht unter der Bedrohung einer Zer-



störung leben. Mögliche Sanktionen gegen Iran blieben wahrscheinlich unwirksam.

Russland liefert Iran Abwehrraketen

Ungeachtet des iranischen Atomkonflikts und der Sanktionsdrohungen seitens der USA und der EU gegen Iran, hat Russland mit der Lieferung von Flugabwehrsystemen nach Iran, vor allem zum Schutz der Nuklearanlagen des Landes, begonnen. „Die Auslieferung des Abwehrsystems Tor-M1 hat begonnen“, zitierten russische Nachrichtenagenturen am 24. November übereinstimmend eine Quelle in der Rüstungsindustrie.

Angesichts der Drohungen Israels und der USA, Irans Atomanlagen und Militärlagerstützpunkte zu bombardieren, hat sich Iran entschlossen, die Abwehrsysteme zu seiner Verteidigung zu komplettieren. Die iranische Regierung hatte Ende 2005 insgesamt 29 Raketenabwehrsysteme bestellt, die Flugzeuge, Hubschrauber, Drohnen und Marschflugkörper zerstören können. Der Wert der Systeme wird auf 565 Millionen Pfund geschätzt. Washington hatte mehrmals gegen das Geschäft protestiert und unter anderem die staatliche russische Rüstungsexport Holding Rosoboronexport sowie den Flugzeughersteller Sukhoi auf die schwarze Liste gesetzt. Nach der jüngst erzielten Übereinkunft zum Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation WTO strich Washington den Flugzeugbauer „nach klärenden Gesprächen“ von der Liste.

Eine offizielle Bestätigung der russischen Regierung für den Lieferbeginn lag zunächst nicht vor. Der Föderale Dienst für militärtechnische Zusammenarbeit hatte Mitte November mitgeteilt, der Rüstungsvertrag mit Iran befinde sich „im Stadium der Realisierung“. Iranische Soldaten und Offiziere seien bereits in Russland mit der Technik vertraut gemacht worden. Russlands Verteidigungsminister Sergej Iwanow hat mehrfach wiederholt, die Lieferung der Verteidigungswaffen stehe im Einklang mit allen internationalen Abkommen. Nach russischen Angaben kann Tor-M1 als weltweit einziges Abwehrsystem bis zu 48 Ziele erkennen und orten und gleichzeitig zwei Objekte in einer Entfernung zwischen 20 und 6000 Metern unter Beschuss nehmen.

Iran findet Vorschlag zur Urananreicherung in Russland attraktiv

Iran hat den Anfang dieses Jahres unterbreiteten Vorschlag Russlands, den atomaren Brennstoff für iranische Atomreaktoren gemeinsam mit iranischen Experten in Russland herzustellen, abermals als „attraktiv“ bezeichnet. Schon damals hatte Teheran Zustimmung signalisiert, Washington hingegen hatte den Vorschlag abgelehnt, weil darin auch Teheran das Recht zur Anreicherung von Uran zugestanden wurde. Teheran sollte erlaubt werden, unter verschärfter Kontrolle der internationalen Atombehörde (IAEA) zu Forschungszwecken auf niedriger Ebene Uran anzureichern.

Dass Iran noch einmal auf diesen Vorschlag zurückkommt, ist kaum mit der Hoffnung zu verknüpfen, es werde im Atomkonflikt bald zu einer Lösung kommen. Die neue Stellungnahme soll vermutlich eher dazu dienen, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen und die Position Russlands und Chinas gegenüber den USA, die Sanktionen gegen Iran fordern, zu stärken.

Der Vorschlag sei „attraktiv“, sagte der iranische Botschafter in Moskau, Gholamreza Ansari, am 22. November in einem Online-Interview mit der russischen Zeitschrift „Expert“. Allerdings müssten noch einige unklare Punkte erläutert werden, fügte der Botschafter hinzu. Dazu zähle unter anderem die Frage, wie Iran technologisch und finanziell in das mögliche Gemeinschaftsunternehmen eingebunden werden könne.

Ansari kündigte an, Teheran werde Russland als „strategischen Partner“ bei der Ausschreibung für zwei geplante Atomreaktoren bevorzugt behandeln. Seit Jahren arbeitet die russische Atomindustrie an der Fertigstellung des ersten iranischen Kernkraftwerkes in Buschehr. Das iranische Parlament habe der Regierung den Auftrag zum Bau von 20 weiteren Atomreaktoren erteilt, sagte Ansari.

Bush spricht mit Putin über Iran und Russlands WTO-Beitritt

US-Präsident Bush hat auf seiner Reise zum Gipfeltreffen des Asien-Pazifik-Forums (APEC) in Hanoi bei einem Zwischenstopp in Moskau seinen Amtskollegen Wladimir Putin getroffen. Bei dem

Treffen ging es zum einen darum, Russland für Sanktionen gegen Iran zu gewinnen und zum anderen um den Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation (WTO), über den Moskau seit Jahren mit Washington verhandelt. Die Zustimmung der USA zur Mitgliedschaft Russlands sollte mit der Bereitschaft Russlands verknüpft werden, Sanktionen gegen Iran zuzustimmen. - Ein Deal, der nach Meinung politischer Beobachter komplizierter sein wird als von Washington gedacht.

Ahmadinedschad fordert Alternative zu Vereinten Nationen

Präsident Mahmud Ahmadinedschad hat eine Alternative zu den Vereinten Nationen gefordert. Bei einem Asien-Treffen in Teheran am 12. November wandte er sich insbesondere an die asiatischen Staaten: „Wir sollten nicht all unsere Hoffnungen auf ineffektive Institutionen setzen, die stark unter dem Einfluss von Mächten stehen, die andere schikanieren und nach einem Plan für eine Neuordnung der internationalen Bühne suchen“, sagte Ahmadinedschad.

Wenige Stunden nach dem Stopp einer UN-Resolution gegen Israel durch ein US-Veto warf der iranische Präsident den Vereinten Nationen vor, „keinen einzigen Schritt“ für das palästinensische Volk getan zu haben. Der Einfluss der USA und Großbritanniens habe die UN zum „bloßen Beobachter“ bei dem „Massaker am libanesischen Volk durch Israel“ degradiert.

Ahmadinedschad weiter: „Welche internationale Einrichtung ist zuständig für die Prüfung des Falles Irak und welche Institution belangt die US-Regierung wegen der Verbreitung von Lügen?“ (Gemeint ist das irakische Waffenarsenal.) Es sei „beschämend“, dass die Vereinten Nationen Iran mit Sanktionen drohen, nur weil es sein international anerkanntes Recht auf die friedliche Nutzung der Atomenergie nutzen wolle. Stattdessen sollten die UN besser die wirklichen Probleme der Welt lösen.

Time Magazine: Iran beliefert Hisbollah weiter mit Waffen

Dem US-Magazin Time zufolge, setzt Iran trotz UN-Kontrollen seine Waffenlieferungen an die libanesischen His-

bollah fort. Das Magazin stützt sich dabei auf Geheimdienstinformationen aus Israel und Saudi-Arabien. Auch westliche Diplomaten in Beirut sollen die Informationen bestätigt haben.

„Israelische Militärs haben erfahren, dass die Hisbollah etwa die Hälfte der Raketen, die sie während des 34tägigen Krieges gegen Israel eingesetzt hatte, wieder ersetzt hat“, schreibt Time. Nach Auskunft von Diplomaten in Beirut verfüge die Hisbollah über ein Arsenal von 30 000 Raketen. Obwohl die israelische Luftwaffe mehrmals die Straße zwischen Libanon und Syrien bombardiert habe, werde die Hisbollah immer noch von Syrien aus mit Waffen beliefert. Die Waffen, hauptsächlich Raketen, würden aus einem geheimen Stützpunkt in der Nähe der libanesischen Grenze mit Lastwagen nach Libanon transportiert. Um die rund 8000 libanesischen Soldaten, die in den Grenzgebieten stationiert seien, zu umgehen, werden laut Time die Waffen auf Gebirgswegen ins Land gebracht. Sowohl Iran als auch Syrien bestreiten, Waffen nach Libanon zu exportieren. Sie behaupten im Gegenteil, sich um die Sicherung der Ordnung und des Friedens in Libanon und im Irak bemüht und mit den jeweiligen Regierungen zusammengearbeitet zu haben.

120 Millionen Dollar für Hamas

Iran hat die Hamas-Regierung der Palästinenser bislang mit 120 Millionen Dollar unterstützt. Dies teilte Hamas-Außenminister Mahmud Sahar am 16. November nach Gesprächen mit der Regierung in Teheran mit. Zudem sei Iran zu weiteren Zahlungen bereit.

Iran hatte im April eine Unterstützung von 50 Millionen Dollar angekündigt, um den Zahlungsstopp der westlichen Länder auszugleichen. Das Nahost-Quartett aus Vereinten Nationen (UN), Europäischer Union (EU), den USA und Russland hat Sanktionen gegen die Palästinenser-Regierung verhängt, weil ihrer Meinung nach die Hamas für eine Zerstörung Israels kämpft.

Argentiniens Justiz erlässt Haftbefehl gegen iranische Politiker

Die argentinische Justiz hat am 10. November gegen den ehemaligen iranischen Präsidenten Akbar Haschemi Rafsandschani und acht weitere Personen internationale Haftbefehle erlassen.

Die Politiker werden beschuldigt, für einen 1994 verübten Anschlag auf das jüdische Hilfswerk AMIA in Buenos Aires verantwortlich zu sein. Die Haftbefehle wurden an die zuständigen Stellen in Teheran und an Interpol übermittelt.

Einem Bericht der Tageszeitung „La Nación“ zufolge erklärte Richter Rodolfo Canicoba Corralin den Anschlag zum „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“. Damit ist die Tat entsprechend einer UN-Konvention aus dem Jahre 1968 von einer Verjährung ausgenommen. Bei dem Bombenanschlag waren 85 Personen getötet und etwa 300 verletzt worden. Das siebenstöckige Gebäude wurde vollständig zerstört. Die Staatsanwälte Alberto Nisman und Macelo Martinez erklärten: „Der Angriff wurde von der libanesischen Terrororganisation Hisbollah im Auftrag der obersten Autoritäten der damaligen iranischen Regierung ausgeführt.“ Rafsandschani war von 1989-1997 Irans Staatspräsident. Die jüdische Gemeinschaft in Argentinien umfasst rund 260.000 Menschen.

Iran hat das Urteil scharf kritisiert und jede Beteiligung an dem Anschlag zurückgewiesen. Als Reaktion auf das Urteil wird auch in Teheran erwogen, Haftbefehle gegen argentinische Richter und Staatsanwälte zu erlassen. Der iranische Rundfunk berichtete am 12. November, der Teheraner Staatsanwalt Said Mortasawi habe einen Antrag erhalten, der die Festnahme des argentinischen Richters Juan Jose Galeano und weiterer Personen vorsehe. Galeano hatte in Argentinien bis 2003 die Ermittlungen in dem Fall geleitet und war dann wegen Korruptionsvorwürfen zurückgetreten. Dem Antrag zufolge haben sich die angeklagten Argentinier feindlicher Propaganda gegen die Islamische Republik Iran schuldig gemacht.

Unterdessen lobten die USA den juristischen Vorstoß Argentiniens und riefen andere Staaten auf, die argentinische Regierung bei der Aufarbeitung des Anschlags zu unterstützen. „Diese Terroristen und ihre staatlichen Sponsoren müssen der Tatsache ins Auge sehen, dass sie sich nicht vor der Justiz verstecken können“, sagte US-Präsidentialamtssprecher Tony Snow. Vor diesem Hintergrund bezeichnete er Iran und die libanesischen Hisbollah als einen „gefährlichen globalen Nexus des Terrorismus“.

Fingerabdrücke von US-Bürgern bei Iran-Einreise

Am 19. November hat das Parlament in Teheran ein Gesetz verabschiedet, demzufolge von US-Bürgern bei der Einreise in Iran Fingerabdrücke genommen werden sollen. Damit sollen US-Bürger genauso behandelt werden, wie Iraner bei der Einreise in die USA.

Die Parlamentsentscheidung richtete sich auch gegen die Anweisung, die Präsident Ahmadinedschad im vergangenen Monat getroffen hatte. Er hatte sich dagegen ausgesprochen, US-Bürgern bei der Einreise in Iran einen Fingerabdruck abzunehmen und das Parlament aufgefordert, ein Gesetz abzulehnen, das offenbar als Vergeltung für eine entsprechende Vorschrift der USA für die Einreise von iranischen Bürgern gedacht ist. Wie bereits berichtet (s. IR 11-06) hatte der Präsident dergleichen Vergeltungsmaßnahmen mit der Begründung abgelehnt, dass Iran mit dem amerikanischen Volk keine Probleme habe. „Wir haben Probleme mit dem Egoismus und den Schikanen der amerikanischen Regierung“, sagte er bei einer Versammlung in der Nähe von Teheran. „Trotz der Entscheidung der amerikanischen Regierung, Iranern bei der Einreise einen Fingerabdruck abzunehmen, haben wir das Parlament gebeten, in diesem Punkt eine Vergeltung zu unterlassen.“ Weiter erläuterte er: „Wir haben erklärt, dass jedermann frei ist, nach Iran zu kommen, außer Spione und Verschwörer. Denn wir beleidigen andere Nationen nie und behandeln sie nie respektlos.“ Auch wenn sich Iraner bei der Einreise in die USA einer solch entwürdigenden Prozedur unterziehen müssten, sei das kein Grund für Iran, diese Regelung ebenso einzuführen.

Dieser populistischen Argumentation wollte das Parlament nicht folgen. Interessant war, dass die Vorlage aus der Fraktion der Konservativen kam, zu der sich auch Ahmadinedschad zählt. „Die USA werden sich immer mehr herausnehmen, wenn wir einen Rückzieher machen“, sagte der Abgeordnete Morteza Tammadon. Außenminister Manutschehr Mottaki wandte sich gegen das Gesetz. Die Niederlage der Republikanischen Partei von US-Präsident George W. Bush bei der Kongresswahl Anfang November habe gezeigt, dass die gegen einreisende Iraner gerichtete Praxis fehlgeschlagen sei, sagte der Minister.

Die Debatte über das neue Gesetz wurde auf beiden Seiten mit großem Eifer geführt. Die Sitzung gehörte zu den turbulentesten, die das Parlament in dieser Legislaturperiode erlebt hatte. Die Befürworter der Vorlage waren vor allem darüber aufgebracht, dass einige Unterzeichner auf Druck der Regierung ihre Unterschrift zurückgezogen hatten und gegen den Antrag Stellung nahmen. Einer der Befürworter sprach sogar von einem Putsch.

Es war nicht das erste Mal, dass sich das Parlament gegen Ahmadinedschad stellte. Die Politik der Regierung hat inzwischen eine ganze Reihe von Abgeordneten, die zu treuen Anhängern des Staatspräsidenten gehörten, zu seinen Gegnern gemacht.

Das Gesetz bedarf noch der Zustimmung des Wächterrats.

Kein Dreier-Gipfel in Teheran

Iran ist kurz vor dem für den 25. November geplanten Besuch des irakischen Präsidenten Dschalal Talabani Gerüchten und Spekulationen entgegengetreten, wonach auch Syriens Staatspräsident Bashar Al-Assad an dem Treffen in der iranischen Hauptstadt teilnehmen sollte. Außenminister Manuchehr Mottaki teilte am 23. November der Presse mit, dass die iranische Regierung keinen Dreier-Gipfel geplant habe.

Informierte Kreise hatten zuvor berichtet, auch Präsident Assad werde zu dem Treffen von Talabani und Ahmadinedschad stoßen. Die Einladung Assads und Talabanis war wieder einmal ein kluger Schachzug, mit dem Irans Staatspräsident den Westen und vor allem die USA brüskieren und den Vorschlag des britischen Premiers Tony Blair und gewisser Kreisen in Washington, zur Lösung der Irak-Krise Syrien und Iran mit einzubeziehen, übertrumpfen wollte. „Wir können unsere Probleme ohne Einmischung des Westens lösen“, sollte die Botschaft lauten. Doch offenbar wollten weder Assad noch Talabani sich von Teheran instrumentalisieren lassen. Sie lehnten den Vorschlag ab.

Das Treffen mit Talabani wurde wegen der zunehmenden Gewalt im Irak auf den 27. November verschoben. Irans Außenminister Manuchehr Mottaki bezeichnete im Vorfeld den Besuch des irakischen Staatspräsidenten als „sehr wichtig“.

Er betonte die Bereitschaft seines Landes, zu Frieden und Stabilität mit dem Nachbarland zurückzukehren. Die beiden Länder hatten zwischen 1980 und 1988 einen blutigen Krieg geführt, dem auf beiden Seiten mehr als eine Millionen Menschen zum Opfer fielen.

„Wir brauchen die Hilfe Irans bei der Bekämpfung des Terrorismus und für eine Rückkehr der Sicherheit in unserem Land“, sagte Iraks Staatspräsident Dschalal Talabani bei seinem Treffen mit Präsident Ahmadinedschad. Sein Land stehe fest an der Seite des irakischen Volkes, „sowohl in guten als auch in schlechten Zeiten“, erwiderte Ahmadinedschad. Er sicherte zu, Irak bei der Eindämmung der Gewalt zu unterstützen. Seine Regierung werde alles tun, um die Sicherheitslage im Nachbarland zu verbessern, erklärte er. Ein stabiler und machtvoller Irak liege im Interesse der gesamten Region, fügte er hinzu.

Bei dem Treffen mit Revolutionsführer Ali Chamenei sagte Talabani, Irak sollte für die Sicherheit seines Landes selbst verantwortlich sein. „Das Thema Sicherheit liegt nicht in den Händen der irakischen Regierung, aber wenn es wieder in ihre Verantwortung läge, könnte mit öffentlicher Hilfe volle Sicherheit geschaffen werden“.

Chamenei bezeichnete die Lage im Irak als Bedrohung für die gesamte Golfregion. Es sei eines der wichtigsten Ziele Irans, dem Irak aus dem gegenwärtigen Chaos herauszuhelfen. „Wir betrachten die Sicherheit im Irak wie unsere eigene, und Iran würde keine Mühe scheuen (dem irakischen Volk zu helfen). Der Abzug der Besatzer ist aber der erste Schritt auf dem Weg zur Rückkehr zum Frieden.“

Keine Aussicht auf vorzeitige Freilassung von Donald Klein

Seit einem Jahr sitzen Donald Klein aus Rheinland-Pfalz und der in den Vereinigten Emiraten ansässige französische Skipper Stéphane Lherbier, die beim Hochseefischen im Persischen Golf festgenommen wurden, im Teheraner Evin-Gefängnis. Die beiden waren nahe der Insel Abu Mussa in iranische Hoheitsgewässer und damit in die Fänge der Revolutionswächter geraten. Das Gebiet wird auch von den Emiraten beansprucht. Ein Gericht verurteilte die Männer zu 18 Monaten Gefängnis. Ver-

geblich bemühten sich deutsche und französische Diplomaten um eine vorzeitige Entlassung. Die iranische Justiz verhielt sich widersprüchlich. Mal hieß es, die Strafe sei „zu mild“ ausgefallen, mal wurde ein Nachgeben signalisiert. Am 8. November zeichnete sich sogar die Möglichkeit einer neuen Verurteilung ab - wegen Spionage.

Eine entsprechende Äußerung des iranischen Justizministers Dschamal Karimi-Rad löste in Paris Sorge aus. Sollte sich die Äußerung bestätigen, so wäre dies „eine besonders überraschende und besorgniserregende Entwicklung“, sagte Außenamtssprecher Jean-Baptiste Mattéi. Das Berufungsgericht von Bandar Abbas habe ausdrücklich jeden Vorwurf der Spionage ausgeschlossen, betonte Mattéi. Karimi-Rad hatte erklärt, der Vorwurf gegen den Franzosen werde derzeit geprüft, ein Urteil werde in Kürze gefällt. Der zurzeit der Äußerung in Teheran weilende Abgeordnete Xavier de Roux, Präsident der Parlamentarier-Gruppe für französisch-iranische Freundschaft, protestierte heftig. Karimi-Rad müsse Beweise vorlegen oder seine Anschuldigung zurückziehen, sagte Roux. Er hoffe sehr, dass es sich um ein Missverständnis handle, ansonsten würde diese „unfreundliche Geste gegenüber Frankreich“ dort sehr schlecht ankommen.

Das Verhalten der iranischen Justiz hätte den Eindruck erwecken können, Iran wolle den Fall für politische Zwecke instrumentalisieren. Demgegenüber meinte der Sprecher des Auswärtigen Amtes in Berlin, Michael Ebel, zwar sei das Strafmaß „nach unserer Rechtsauffassung nicht angemessen“, fügte jedoch hinzu, das Strafmaß sei von iranischen Gesetzen gedeckt, es handle sich also nicht um einen Fall der Rechtsbeugung. Kleins Anwalt, Klaus Kübler, bezeichnete den Umgang mit der iranischen Justiz als „schwierig“. Klein selbst gehe es gesundheitlich nicht gut. „Er hält sich so“, sagte sein Anwalt. Der Abgeordnete der konservativen Pariser Regierungspartei Roux, der seinen Landsmann im Gefängnis besuchen durfte, sagte, dem Franzosen gehe es relativ gut und fügte hinzu: „Der Deutsche befindet sich in einem fürchterlichen Zustand.“

Der deutschen Botschaft in Teheran ist es gelungen, einige Erleichterungen für den Häftling Klein durchzusetzen. Demzufolge wurde Klein erlaubt täglich einmal mit seiner Frau in Deutschland

zu telefonieren. Er bekommt Lebensmittel, Bücher, Zeitungen und Kleidung und wird wöchentlich einmal von einem deutschen Pfarrer besucht.

Berufung gegen das Urteil oder Anträge auf Haftverschonung waren bisher vergeblich. Während der Fußball-Weltmeisterschaft hatte Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble erfolglos versucht, einen Weg zu finden, um Klein frei zu bekommen. Auch die Intervention von Politikern, die bei ihren offiziellen Besuchen in Teheran die Angelegenheit zur Sprache gebracht haben, führte zu keinem Ergebnis. Die letzte Hoffnung, den 52jährigen vor Ablauf seiner Haftstrafe im Mai nächsten Jahres frei zu bekommen, ist ein Gnadengesuch, über das nur der Revolutionsführer Ali Chamenei entscheiden kann. Wie diese Entscheidung ausfallen wird, hängt nicht zuletzt von der politischen Atmosphäre ab, die sich zwischen Iran und der EU bzw. Deutschland entwickeln wird.